

Ingar Solty

„American Decline“ oder neuer Frühling US-amerikanischer Globalmacht?

Der USA-China-Konflikt, der Ukrainekrieg und der neue asymmetrische Transatlantizismus

Der Großkonflikt des 21. Jahrhunderts ist der USA-China-Konflikt. Die Weltgeschichte wenigstens dieses Jahrhunderts und womöglich das Schicksal der Menschheit an sich hängt von seinem Ausgang ab. Bis in den letzten Winkel dieser Welt bestimmt er zunehmend Produktions- und Lebensweisen. Vieles, das wir als innenpolitisch entschieden wahrnehmen, wird durch ihn überdeterminiert und nicht selten determiniert. Vieles, das uns als harmlose Alltäglichkeit erscheint, ist ohne ihn nicht zu denken.

1. „American Decline“/„Rising China“: Mit oder ohne Dritten Weltkrieg?

Im Kern geht es bei diesem Konflikt um die Frage, ob die USA ihren relativen Abstieg in der Weltordnung, den „American Decline“, abwenden und ob der weltgeschichtliche (Wieder-)Aufstieg Chinas sich friedlich vollziehen kann, mit einer schleichenden Anpassung der Spielregeln dieser Ordnung an die neuen Kräfteverhältnisse, oder nicht. In der bisherigen Geschichte der internationalen Politik gingen, davon sind konservative Realisten genauso überzeugt wie die von Karl Marx ausgehenden Weltsystemtheoretiker, der Abstieg einer alten Hegemonialmacht und der Aufstieg einer neuen im Regelfall mit weltkriegerischen Auseinandersetzungen einher. Die Realisten sprechen vom Konflikt zwischen „Status Quo-Mächten“ und „revisionistischen Mächten“ in der sogenannten „Thukydides-Falle“ (Davidson 2006), die Weltsystemtheorie von „systemischem Chaos“ (Arighi u. Silver 1999: 26-31). Insofern ein Dritter Weltkrieg sich heute im Atomzeitalter abspielen, also mit Nuklearwaffen ausgetragen werden würde, ist das Ende der menschlichen Zivilisation ein realistisches Szenario. Die „Nonchalance“, mit der heute im Kontext des Ukrainekriegs über einen Atomkrieg diskutiert wird (Ganser 2022), und darüber, wie man einen solchen überleben, führen und gegebenenfalls auch gewinnen könnte (Cropsey 2022), ist in höchstem Maße beunruhigend. Sie fällt auch hinter die Erkenntnisse des Kalten Kriegs und namentlich von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan zurück, die im November 1985 auf der Genfer Gipfelkonferenz die atomare Abrüstung vereinbarten und zu dem Schluss kamen, dass niemals ein Atomkrieg geführt werden dürfe, weil niemand ihn gewinnen könne.

Die Vormachtstellung der USA in der kapitalistischen Weltordnung des „Westens“ war das historische Ergebnis des Zweiten Weltkriegs. Mit dem Sieg über die Sowjetunion und die Warschauer Vertragsstaaten dehnten die USA ihre Machtstellung und Rolle auf den gesamten Erdball aus (Deppe, Salomon u. Sol-

ty 2011: 41-56). Dazu gehörte, dass der imperiale US-Staat es sich zur Aufgabe machte, den Kapitalismus mit allen militärischen und nichtmilitärischen Mitteln global durchzusetzen, aufrechtzuerhalten und ihren eigenen Spielregeln zu unterwerfen (Panitch u. Gindin 2012). Die Frage ist, ob es den USA heute gelingt, auch den Aufstieg Chinas einzudämmen und China in den globalen Kapitalismus nach amerikanischen Spielregeln einzubinden (Soltz 2012), d.h. letztlich China in einer untergeordneten Stellung in der Hierarchie der Arbeitsteilung zu halten (Sablowski 2019).

2. Chinas Aufstieg: Eine historisch vorbildlose Herausforderung für das American Empire

Diese für das Schicksal der Menschheit allesentscheidende Frage ist grundsätzlich geschichtsoffen. Damit ist nicht nur gemeint, dass sie ganz allgemein von historisch kontingenten gesellschaftlichen Klassenkämpfen und politischem Handeln abhängt, sondern es hängt damit zusammen, dass es für die Herausforderung, die China für die USA darstellt, keine historische Vergleichsfolie gibt.

Im Grunde müssten die Vereinigten Staaten das „Reich der Mitte“ in etwa so in ihr „Empire“ einbinden, wie es dem US-Staat nach 1945 mit Westdeutschland, Japan und Südkorea gelang. Diese Vergleiche tragen aber nur bedingt, denn die Bedingungen für die US-Imperialpolitik haben sich grundlegend geändert. Zum einen waren die genannten Länder zum Zeitpunkt ihrer Einordnung in die „Grand Area“ des US-geführten kapitalistischen Westens militärisch besiegt und besetzt, und Japan und die westlichen Besatzungszonen Deutschlands hatten mit ihrer jeweiligen bedingungslosen Kapitulation ihre Souveränität verloren. Zum anderen gelang den USA die Ein- und Unterordnung der genannten Länder in „ihren“ imperialen Kapitalismus auf dem absoluten Höhepunkt ihrer historischen Macht.

Militärisch hatten sie sich, wie gesagt, stark imperial ausgedehnt und konnten auf dieser Grundlage ihr heutiges System von mehr als 800 Militärbasen weltweit auf- und ausbauen. *Politisch* hatten sie den genannten Ländern die souveräne Entscheidungsgewalt abgenommen. Dabei waren die USA unter den Alliierten der einzige wirkliche Gewinner des Zweiten Weltkriegs, weil ihr Territorium – mit Ausnahme der japanischen Attacke auf Pearl Harbor – vom Krieg verschont geblieben war, während vor allem die Sowjetunion durch den als „Vernichtungskrieg“ angelegten Überfall des deutschen Faschismus mit einem Blutzoll von 27 Millionen Menschen, etwa die Hälfte davon Zivilist:innen, und einem völlig zerstörten Territorium bezahlt hatte, und Großbritannien und Frankreich sich für ihren Sieg als Teil der Alliierten bis über beide Ohren bei den USA verschulden mussten. Die französischen Weltkriegsschulden in den USA waren erst 1983 vollständig beglichen; die letzte Ratenzahlung zur Tilgung der britischen Weltkriegsschulden – die Höhe betrug 43 Millionen britische Pfund – wurde sogar erst im Dezember 2006 an die Vereinigten Staaten überwiesen (*New York Times*, 28.12.2006). *Ökonomisch* wiederum kommandierten die USA in etwa die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts. Ihre internationalisierten Kapitalien waren nicht nur schon lange der ausländischen

Konkurrenz überlegen, sondern auch auf die forcierte Expansion und Durchdringung ausländischer Formationen angewiesen.¹ *Finanziell* hatten die USA mit dem Bretton-Woods-System, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die gesamte Finanzarchitektur der Nachkriegsordnung geschaffen. Der an Gold gebundene US-Dollar war fortan die allesdominierende Handelswährung, an die sich alle anderen Staaten im „American Empire“ anlehnten; und die New Yorker Wall Street bildete fortan den sichersten Hafen für anlagesuchendes internationales Kapital (Gowan 1999). Und *ideologisch* übten die USA schließlich durch die drei großen H's – Hollywood, Harvard, Hippiebands, d.h. durch ihre Kulturindustrie, ihre elitären Wissensnetzwerke und ständige Modernisierung versprechende dynamische Gegenkultur – eine besonders durchdringende hegemoniale Ausstrahlungskraft aus.

Heute dagegen sind nicht nur die Machtressourcen der USA geschwunden: *Ökonomisch* ist längst China mit einem Anteil von 18,5% am globalen BIP – Tendenz steigend – die größte Wirtschaftsnation der Welt, auch wenn dies pro Kopf gemessen noch ein weiter Weg ist. Der US-Anteil sank bis 2022 auf 15,6% (zu Kaufkraftparität). *Finanziell* ist der US-Dollar mit einem Anteil von 83,71% immer noch die dominante Welthandelswährung. Zugleich aber sind dem US-Dollar Konkurrenzwährungen wie der Euro und der Sucre sowie dollarunabhängige Währungswechsel erwachsen. Und auch der Yuan erlangt sukzessive eine größere Bedeutung. Er steht heute bei einem globalen Anteil von 4,5% und hat 2023 den Dollar als Währung für Chinas Außenhandel abgelöst (*Reuters*, 26.4.2023). Und bei aller bleibenden kulturellen Ausstrahlungskraft der drei H's, wobei das dritte heute sicherlich für Hip-Hop-Acts steht, offenbart der Ukrainekrieg die Grenzen der ideologischen Legitimität der alten europäischen Kolonialstaaten und die zunehmende Ausstrahlungskraft der chinesischen Postkolonialismus- und Trikontismus-Rhetorik. *Militärisch* bleibt die US-Machtstellung vor dem Hintergrund ihres gigantischen Rüstungshaushalts – 39 Prozent der globalen Rüstungsausgaben gingen 2022 auf das Konto der Vereinigten Staaten (SIPRI 2023) –, ihrer Waffensysteme und ihres imperialen Militärbasensystems weiterhin unbestritten, auch wenn die Nachrüstung Chinas mit schnellen Schritten voranschreitet. Vor allem aber ist ein wesentlicher Unterschied zur unmittelbaren Nachkriegszeit und zu Japan, der BRD und Südkorea, dass China ein souveräner und eben nicht militärisch besiegter und besetzter Staat ist, der sich selbst in einem Prozess der „Wiedergeburt“ sieht, in dem China nach einem Vierteljahrtausend kolonialer, kapitalistischer Demütigung durch die europäischen Imperialismen heute als „Reich der Mitte“ an seinen angestammten Platz zurückkehrt (Jacques 2009). Dass China dabei über das Vierfache an Bevölkerung verglichen mit den USA verfügt, während Japan, die BRD und Südkorea bedeutend kleinere Länder waren, kommt hierbei noch hinzu.

¹ Die befürchtete Rückkehr zu isolationistischen Positionen erfolgte 1945 auch und vor allem deshalb nicht, weil man davon ausging, dass weniger der „New Deal“, sondern eher die Kriegsrüstung die Weltwirtschaftskrise in den USA überwunden hatte, weshalb der US-Machtblock jetzt einen Rückfall in die „Great Depression“ befürchtete.

Insofern es aber keine historische Vergleichsfolie für den USA-China-Konflikt und die damit verbundene Frage gibt, ob es den USA gelingen kann, ihren relativen Abstieg in der Weltordnung und die Veränderung derselben durch ein aufsteigendes China zu verhindern, ist es besonders entscheidend, seine Entwicklung historisch-konkret und empirisch sorgfältig zu analysieren, um zu stichhaltigen Aussagen zu kommen, die dann wiederum politisches Handeln im Sinne fortschrittlicher Ziele – soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, demokratische Teilhabe, individuelle und kollektive Freiheitsrechte, Frieden, ökologische Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit, kurz: den Kampf für die sozialistische Demokratie – anleitet und realistisch macht.

Dabei muss man sich zu allererst vor Augen führen, dass die These vom „American Decline“ fast schon so alt ist wie das „American Empire“ selbst: Sie war verbreitet während der Entstehung der Eurodollarmärkte, die 1971 zum Ende der Dollar-Gold-Bindung und schließlich zur Abwicklung des Bretton-Woods-Systems führten. Sie wurde prominent vertreten während und in Folge der US-amerikanischen Niederlage im Vietnamkrieg. Die in den späten 1960er und in den 1970er Jahren von den Konvergenztheoretikern in der bürgerlichen politischen Ökonomie angenommene zunehmende Amalgamierung von Kapitalismus und Sozialismus fand jedoch genauso wenig statt wie die zeitgleich von den marxistischen Staatsmonopolkapitalismus-Theorien angenommene allmähliche Absorption des Privatkapitalismus durch den Staat. Die Krise des ursprünglich von den USA internationalisierten keynesianisch regulierten, fordistischen Kapitalismus führte auch nicht zur Verallgemeinerung westeuropäischer oder japanischer Kapitalismustypen. Weder der in den USA lange gefürchtete Toyotismus noch der Rheinische Kapitalismus, geschweige denn der Rentenfondssozialismus, den der schwedische Gewerkschaftsführer Rudolf Meidner als Ausweg aus der Fordismuskrise vorgeschlagen hatte, verallgemeinerten sich, sondern, im Gegenteil, die monetaristische Wende, mit der die USA den fordistischen zum modernen neoliberalen Kapitalismus umbauten (Helleiner 1994). Und zum Leidwesen der normativ an dem wohlfahrtsstaatlich verfassten Kapitalismus orientierten Theoretiker:innen der Varieties of Capitalism-Schule setzte sich dieser Kapitalismustyp allmählich in allen kernkapitalistischen Staaten und darüber hinaus durch, entstanden vielmehr „varieties of neoliberalism“ und galt fortan der „Washington Consensus“ und die Trias marktgetriebener gesellschaftlicher Entwicklung: (Handels-)Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung (Soly 2011a).

Zugleich sind die Krisensymptome des US-amerikanischen Imperiums nicht zu übersehen. Chinas immens dynamischer Aufstieg von der verlängerten Werkbank der Welt, die in Sonderwirtschaftszonen mit niedrigentlohnter Arbeit arbeitsintensive ausländische Kapitalinvestitionen anlockte, zur ökonomischen Weltmacht entfaltete sich nach dem chinesischen WTO-Beitritt 2001 (Schmalz 2019). Spätestens seit der globalen Finanzkrise 2007ff. ist China zum Hochtechnologierivalen des Westens avanciert. Die staatliche Lenkung und Planung der Wirtschaft Chinas hat sich verglichen mit den Exitstrategien der USA und der Europäischen Union aus der Krise als überlegen erwiesen. Während der Westen im Namen der globalen Wettbewerbsfähigkeit auf verschiedene Varian-

ten derselben Strategie der inneren Abwertung (von Kosten und Löhnen) setzte, um sich in einem neuen „Beggar-thy-neighbor“-Kapitalismus gegenseitig Marktanteile abzujagen (Soly 2013: 15-71; Soly 2018), und durch sozial verheerende Austeritätspolitik die durch Bankenrettungen und den neoliberalen Integrationspfad der EU in Schiefelage geratenen Staatshaushalte zu sanieren, also die Krisenkosten auf die breiten lohnarbeitenden Klassen abwälzte (Soly 2020b), machte China mit seinem starken Staatsinterventionismus die eigenen Staatsbetriebe und auch Privatkapitalien hyperwettbewerbsfähig. Mittlerweile ist das einstige Entwicklungsland China in fast sämtlichen Zukunftstechnologien der Konkurrenz im kapitalistischen Westen ebenbürtig oder als Weltmarktführer überlegen: Fünfte Mobilfunkgeneration, Künstliche Intelligenz, grüne Technologien (Hochgeschwindigkeitszüge, Photovoltaikanlagen, Windkraftanlagen usw.) (Soly 2020).²

3. Von George W. Bush bis Joe Biden: Das Scheitern aller bisherigen US-Strategien zur Eindämmung Chinas

Für die USA ist es problematisch, dass sie bislang mit allen Strategien gescheitert sind, den chinesischen Aufstieg aufzuhalten. Die erste Strategie sah vor, die globalen Energiereserven zu kontrollieren. In diesem Sinne einer „Kontrolle des Ölhahns“ – inklusive der Dollar-Denominierung des Erdöls im Welthandel – kann der US-Besatzungskrieg im Irak (2003-2011) gesehen werden (Harvey 2003). Der neue Imperialismus funktioniert im Regelfall über Formen nichtmilitärischer Gewalt. Krieg ist die Ausnahme, nicht die Regel. Die Aufgabe besteht darin, alle Formen von Gewaltpolitik zu erkennen. Die Notwendigkeit direkter militärischer Gewalt im Irak, die sich eigentlich schon am Tag nach den Terroranschlägen von 9/11 gegen den Irak richten sollte (Clarke 2004), ergab sich durch die Tatsache, dass Ölstaaten mit geringen Staats- und Außenhandelsdefiziten grundsätzlich nicht mit den herkömmlichen „friedlichen“ Mitteln des Schuldenimperialismus und der durch Notkredite von IWF oder Weltbank erzwungenen Strukturanpassung im Sinne der Marktöffnung, Privatisierung und Deregulierung beizukommen ist (vgl. Soly 2011b).

Die Entscheidung für den Irakkrieg erfolgte schon damals mit einem Auge auf China und die damals einseitige Abhängigkeit des chinesischen Entwicklungswegs von importierten fossilen Brennstoffen. Die vom außenpolitischen Paradigma des Neokonservatismus stark beeinflusste Bush-Administration war schon früh dazu übergegangen, China als Bedrohung wahrzunehmen. Während China selbst in George W. Bush's Rede über die „Achse des Bösen“ (2002) noch nicht namentlich genannt wurde, so war stellvertretend doch das seit dem Koreakrieg mit China verbündete Nordkorea genannt. Daraus zogen die USA dann auch die Rechtfertigung für die zukünftige US-Militärpräsenz im Südchinesischen Meer, während sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht bereit waren, von der „Ein-China-Politik“ abzuweichen und sich als Schutzmacht Taiwans aufzu-

² Vgl. relativierend hierzu den Beitrag von Thomas Sablowski in diesem Heft, S. 65ff., hier: S. 71.

spielen. Im Zuge des sich abzeichnenden Scheiterns der Irakkriegsstrategie in Folge des irakischen Widerstands gegen die US-Besatzung trieben die USA dann alsbald Pläne für eine „little NATO against China“ voran. In trilateralen Gesprächen mit Japan und Australien wurden diese Pläne im März 2006 bekannt. Außenministerin Condoleeza Rice sprach seither ganz offen von China als einer „potenziell negativen Kraft“ und die Bush-Administration bekräftigte ihr Bestreben, der „kleinen NATO“ auch noch Indien anzuschließen (Jain 2006).

Die Obama-Administration zog aus dem immer offensichtlicheren Scheitern der US-Strategie im Irak die Konsequenz. Dieses Scheitern hatte überhaupt nur den demokratischen Erdrutschsieg bei den Kongresswahlen 2006 und die Wahl Obamas zum Präsidenten ermöglicht, der als Antikriegskandidat reüssiert und auch wahrgenommen worden war (und so auch nach acht Monaten im Amt schon den Friedensnobelpreis erhalten konnte), obwohl er schon im Wahlkampf klagemacht hatte, dass er lediglich gegen „dumme Kriege“ sei (Soly 2013: 72-104). Obama führte die Westpazifikpläne der Bush-Administration nun systematisch fort. Seine Regierung erklärte 2011 den „Schwenk nach Asien“ und das 21. Jahrhundert zu „Amerikas pazifischem Jahrhundert“. Damit verbunden war ein militärisches „forward positioning“ im Sinne der Aufrüstung von kolonialen Besitzungen der USA, wie der aus dem Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 resultierenden Insel Guam, US-Militärbasen wie der in Darwin, Australien und Okinawa, Japan, und von vor allem bilateralen Militärabkommen mit den (anderen) Nachbarstaaten Chinas im Westpazifik und den Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres. Auch angesichts stagnierender Freihandelsbemühungen der USA im pazifischen Raum und einer dynamisch fortschreitenden politischen wie wirtschaftlichen Integration Eurasiens suchten die USA unter Obama, existierende Konflikte der ost- und südostasiatischen Staaten mit China für eigene Zwecke zu nutzen (Soly 2012b). Dazu gehörten die allgemeinen Sorgen vor der auch auf die anderen BRICS-Staaten deindustrialisierend wirkenden chinesischen Wirtschaftskraft und die umstrittene Praxis der chinesischen Auslandsinvestitionen mit eigenen Arbeitskräften, die antichinesische Stimmungen in der Region schürt. Zugleich wurden die Militärabkommen und die massive Militarisierung des Westpazifiks auch ermöglicht durch die Instrumentalisierung von Grenzkonflikten wie den seit 1962 anhaltenden chinesisch-indischen Grenzkonflikt um Ladakh und den chinesisch-japanischen Streit um die unbewohnten Senkaku- bzw. Diaoyu-Inseln oder den philippinisch-chinesischen Streit um das Scarborough-Riff, die Spratly-Inseln und die allgemeine Frage, ob das Südchinesische Meer nicht doch das westphilippinische Meer ist (Crome 2021).

Die USA unter Obama zogen sich nach dem Scheitern der Bush'schen Landkrieg-orientierten Geopolitik in Eurasien wieder zurück auf die alte Tradition der Seeherrschaft, wie sie von Theodore Roosevelt und seinen Beratern Alfred Thayer Mayan und Isaiah Bowman begründet worden ist (Smith 2004). An die Stelle der (gescheiterten) Machtausübung über die faktische Kontrolle des Energieflusses für (bzw. gegen) die energieintensive (Hoch-)Industrialisierung des ressourcenarmen Chinas rückte jetzt die bündnispolitische Einkreisung und der

Aufbau der militärischen Kapazitäten für eine Seewegblockade Chinas durch die USA, die im Grunde wie die Kontinentalsperre Napoleons gegen das British Empire (1806-1813) funktionieren könnte, nur eben umgekehrt. Denn die USA drohten China nun letztlich mit der Abwürgung des chinesischen Wachstums, insofern der Außenhandel des noch besonders exportabhängigen und rohstoffimportabhängigen Chinas zu etwa achtzig Prozent über die Seewege – vom Südchinesischen Meer über die Straße von Malakka bis zum Persischen Golf beziehungsweise Roten Meer und Suezkanal – abgewickelt wurde. Damit verbunden war – nach dem Vorbild des gewaltvollen Zerfalls der Sowjetunion 1991 – letztlich auch die Androhung des Staatszerfalls in Folge innerer Unruhen, angesichts der inneren Widersprüche mit ethnischen Minderheiten und der ca. Viertelmilliarde an Wanderarbeitern, für deren Ansprüche ein hohes Wirtschaftswachstum essenziell war (und ist).

Aber auch Obamas Strategie scheiterte, weil sich China mit der forcierten Entwicklung seiner One Belt/One Road-Initiative (der „neuen Seidenstraße“) zunehmend von der Erpressbarkeit durch seine Seewegsabhängigkeit emanzipierte, insofern heute eben ein größerer Teil seiner Außenhandelslogistik über die eurasische Landmasse erfolgt – bis Duisburg im Westen und Subsahara-Afrika im Südwesten (Soltz 2020).

Der Wirtschaftskrieg der USA gegen China seitens der Trump- und der Biden-Administration – auch hier sind die Kontinuitäten größer als es liberalen Kommentatoren lieb ist – kann als eine Reaktion auf das Scheitern der Obama-Seeherrschaftsstrategie angesehen werden. Trumps unter Biden verschärfte Strategie läuft bekanntlich darauf hinaus, China von den elementaren Mikrochips abzukoppeln, die für die Hochtechnologieproduktion Chinas essenziell sind, die das „Reich der Mitte“ jedoch noch nicht selbst herzustellen in der Lage ist, wenigstens nicht in gleicher Qualität. Dazu nutzten die USA schon unter Trump Sanktionen etwa gegen den Iran, um damit Drittstaaten zu treffen und mit Handelsblockaden belegen zu dürfen (Müller 2023).

Trump wurde oft als Protektionist missverstanden. Stattdessen griff er zurück auf eine schon unter Ronald Reagan gängige Strategie, den US-Binnenmarkt und die Abhängigkeit der Exportnationen wie Deutschland und China als Hebel zu nutzen für das genaue Gegenteil: erzwungene Marktöffnung beziehungsweise ein verbesserter Marktzugang. Diese ist nämlich seit Trump neben der demselben Interesse dienenden Forderung nach Garantien von geistigen Eigentumsrechten und der Erzwingung eines marktgetriebenen Entwicklungswegs durch die Beendigung „illegaler Staatssubventionen“, die sich gegen Chinas Staatsinterventionismus und damit seine Hyperwettbewerbsfähigkeit richtet, eines der drei Hauptziele der jährlich erneuerten US-Handelsagenda gewesen (Soltz 2018).

Die Frage nun, ob nach dem Scheitern der Bush'schen und der Obama'schen Strategie die Eindämmung Chinas und Unterordnung in eine nach US-amerikanischen Spielregeln funktionierenden Weltwirtschaftsordnung gelingt, ist eine offene. Ob die USA auf diesem Weg ihren relativen Niedergang verhindern können, kann niemand vorhersagen. Dies hängt auch mit dem Ukraine-

krieg zusammen, der ein wahrer Katalysator geopolitischer und geoökonomischer Verschiebungen ist, dessen Folgewirkungen für die Statik der Weltordnung sich zum jetzigen Zeitpunkt noch lange nicht bestimmen lassen.

4. Der Ukrainekrieg als Katalysator eines neuen asymmetrischen Transatlantizismus gegen China

Für die USA war entscheidend, dass die chinesische Herausforderung eine historisch neue und besondere ist. Der „Schwenk nach Asien“ war nicht nur ein symbolischer Machtanspruch oder eine Ausweitung bestehender Macht, sondern eine tatsächliche Verlagerung der schwindenden Machtressourcen. Er koinzierte mit den Forderungen an die europäischen NATO-Staaten, nun „neue Verantwortung“ in der gemeinsamen Verwaltung des „Empire des Kapitals“ (Wood 2003) zu übernehmen. Diese Forderungen diffundierten über die transatlantizistischen Kanäle sofort in die politischen Landschaften der EU-Nationalstaaten. In Deutschland geschah dies namentlich durch die Studie „Neue Macht – neue Verantwortung“, die nach dem deutschen Ausscheren bei der NATO-Bombardierung Libyens 2011 vom German Marshall Fund of the United States und der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Auftrag gegeben und als solche auch leitgebend für den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ab 2013 wurde (Deppe 2014). Die vor allem im Zuge der Münchner Sicherheitskonferenz vom amtsanmaßenden Bundespräsidenten Joachim Gauck, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen mit den großen bürgerlichen und staatlichen Medien energisch propagierte Aufrüstung wurde immer wieder als eine unerwünscht notwendig gewordene Reaktion auf „neue Bedrohungsszenarien“ deklariert: den Anschluss der Krim an Russland, den „Islamischen Staat“ und dazu noch Ebola. Wie danach auch bei der „Zeitenwende“ wurde ein günstiger Moment abgewartet, um eine Entscheidung zu verkünden, die schon längst feststand, bei der man aber Widerstand aus der Bevölkerung zu befürchten hatte (Soltz 2016). Nachdem Trump an die Macht kam, wurden das Lamento über eine „kaputtgesparte Bundeswehr“ und die immer lauter werdenden Forderungen nach höheren Rüstungsausgaben und „mehr Verantwortung“ mit dem Ziel einer notwendigen „strategischen Autonomie“ Europas von den USA begründet, da ja die USA unter Trump womöglich die Bündnisverpflichtung nach Artikel 5 des NATO-Vertrags zurückziehen könnten. Das Paradoxe, um nicht zu sagen: Perfide, ist, dass die europäischen NATO-Staaten mit ihrer Selbstverpflichtung auf das Ziel, 2% des BIPs jährlich für Rüstung auszugeben, sich gerade nicht unabhängiger von den USA machten, sondern lediglich die althergebrachten und seit Trump intensivierten Forderungen aus den USA in ihre eigenen Nationalstaaten übersetzten.

Die Forderungen aus den USA nach höheren Rüstungsausgaben waren Teil des US-amerikanischen „Schwenks nach Asien“, insofern sie das Ziel einer transatlantischen Arbeitsteilung verfolgten, bei der die USA sich mit ihren schwindenden Machtressourcen auf ihren Hauptfeind China konzentrieren könnten und andere geopolitische und Stellvertreterkriege an den europäischen Außengren-

zen von der Ukraine über Syrien, Libyen bis Mali mehr und mehr an die europäischen NATO-Staaten delegieren könnten, ohne natürlich die Kontrolle darüber aufzugeben, insofern der Konflikt und die Spaltung Europas von Anfang an ein wesentliches Mittel der US-amerikanischen Herrschaftsabsicherung in Europa gewesen ist, so wie schon der erste NATO-Generalsekretär die Funktion des Militärbündnisses beschrieben hatte als: „to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down.“

„Down“ müsste man heute vor allem übersetzen mit „abhängig“, weil die USA befürchten müssen, dass die gleichermaßen vom US-amerikanischen wie chinesischen Binnenmarkt abhängigen transnationalisierten Konzerne aus Deutschland den Kurs einer neuen Blockkonfrontation gegen China als gegen ihre eigenen materiellen Interessen verstoßend auffassen könnten, selbst wenn es für sie Wege gibt, sich in China zu indigenisieren und damit von Phänomenen wie dem US-Wirtschaftskrieg unabhängiger zu machen. Der Kurs der deutschen und französischen Regierungen während des Irakkriegs muss den USA jedoch Warnung genug sein. Aus Sorge vor einem europäischen Konkurrenzprojekt ist es für die USA historisch immer ein Anliegen gewesen, jeder EU-Osterweiterungsrunde eine NATO-Osterweiterungsrunde vorzuschalten oder den EU-Beitritt und NATO-Beitritt osteuropäischer Staaten wenigstens zeitgleich erfolgen zu lassen. Damit waren die USA höchst erfolgreich. Nichtsdestotrotz konnte es passieren, dass ein Goldman-Sachs-geschulter französischer Staatspräsident wie Emmanuel Macron die NATO für „klinisch tot“ erklärte.

Der Ukrainekrieg ist – geopolitisch betrachtet – für die USA heute ein Segen. Dies erklärt auch die umfassende Militärhilfe, die die jährlichen Ausgaben für fast sämtliche US-Kriege der Vergangenheit bei weitem übersteigt. Die USA können – in den Worten von Adam Tooze – deshalb als „die puren Gewinner“ des Kriegs in der Ukraine begriffen werden (Tooze 2022), weil im Ergebnis dieses Krieges die NATO so gestärkt ist wie lange nicht mehr, und sich die Forderungen nach der transatlantischen Arbeitsteilung gegen China nunmehr quasi durch die Hintertür verwirklichen. Die USA haben den Krieg in der Ukraine freilich nicht herbeigeführt und Russland nicht in eine Falle gelockt, wie am verschwörungstheoretischen Rand gelegentlich geunkt wird. Nichtsdestotrotz ist er für die USA eine „glückliche Fundsache“ (Lipietz 1986). *Erstens* führt er im Ergebnis zu einer dauerhaften „Schwächung Russlands“, wie dies auch das erklärte außenpolitische Ziel der USA in der Ukraine ist. *Zweitens* schwächt er Europa und namentlich Deutschland und ermöglicht heute die Festigung eines asymmetrischen Transatlantizismus. Denn er schafft eine vierfache Abhängigkeit Deutschlands von den USA: (a) *Energiapolitisch* wird es durch die Ersetzung von Energieressourcen aus Russland durch Fracking-Gas aus den USA sowie Öl und Gas aus anderen fossile Kriege führenden Autokratien, die aber US-verbündet sind (wie Saudi-Arabien, Katar usw.), von den USA abhängig. Da diese Energieressourcen deutlich teurer sind als die langfristig vertraglich gesicherten und auch deshalb unter Weltmarktpreisniveau gehandelten russischen Energiequellen schwächt dies, wie von den USA im Streit über deutsche Leistungsbilanzüberschüsse gewünscht, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitals. Diese wirt-

schaftliche Schwächung wird (b) durch eine zugleich wachsende *wirtschaftspolitische Abhängigkeit* von den USA ergänzt, die sich aus dem US-amerikanischen Drängen auf eine Abkopplung Deutschlands und Europas von China ergibt und die Trump/Biden'sche Waffe des US-Binnenmarkts für die noch konkurrenzfähigen deutschen Kapitalien schärfer macht. Der Ukrainekrieg sorgt darüber hinaus (c) auch für eine *geopolitische Abhängigkeit* von den USA, weil eine neue Blockkonfrontation gegen China und die damit verbundene Aufwertung der Geopolitik eben jene Player mit den größten Militärressourcen und der größten imperialen Reichweite aufwertet. Diese Aufwertung ist dabei darüber hinaus (d) mit einer neuen *militär-technologie-industriepolitischen Abhängigkeit* Deutschlands und Europas von den USA verknüpft, insofern die US-Rüstungskonzerne die dominanten Player in dem neuen Rüstungswettlauf sind und bleiben werden. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Zusammenhangs zwischen Rüstung und technologischer Innovation – Stichwort: dual use – und der Tatsache, dass die wesentlichen Innovationen der Digitalisierung aus öffentlich geförderter Rüstungsforschung kamen, droht den europäischen Staaten eine noch stärkere Rückständigkeit gegenüber dem „Hochtechnologiestandort“ USA. Dass die Aufrüstungsmaßnahmen in den europäischen NATO-Staaten dabei ein gigantisches rüstungskeynesianisches Konjunkturprogramm für die USA sind (allein aus Deutschland wird mit dem Kauf der F35-Kampfflugzeuge und der Transporthubschrauber fürs Heer etc. voraussichtlich die Hälfte der 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ für die Bundeswehr in die USA transferiert werden), ist dabei ein hochwillkommener Nebeneffekt, insbesondere vor dem Hintergrund des aus sozialistischer Perspektive bedauernswerten Scheiterns der „Build-Back-Better“-Investitionsvorhaben der Biden-Regierung (Solyt 2022).

Das Ergebnis dieser Abhängigkeit dürfte auf der Hand liegen: In einem in dieser Form zementierten asymmetrischen Transatlantizismus werden sich Gerhard Schröder 2003 und Guido Westerwelle 2011 nicht wiederholen, sprich: kein deutscher Kanzler oder Außenminister wird es sich erlauben dürfen, sich einem von den USA gewollten imperialen (Stellvertreter-)Krieg und der Konfrontationspolitik gegen China zu entziehen, die dann mit einer Rehabilitierung der Ideologie von „freedom and democracy“ einhergehen würde, allerdings diesmal im Namen von „Demokratie gegen die Autokratie“ (wobei freilich die Autoritarismen auf der eigenen Seite – von den Golfdiktaturen über Singapur bis zu Erdogans Türkei oder Melonis Italien – unangetastet bleiben würden).

Aus sozialistischer Perspektive mag man zur Auffassung gelangen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Bourgeoisie nun wirklich gleichgültig sein kann. Als sozialistischer Linker ist man es gewöhnt, aus der Klassenperspektive und von unten auf die Welt zu blicken. Eine neue Blockkonfrontation gegen China wäre indes nicht nur friedens- und sicherheitspolitisch, gesellschafts- und demokratiepolitisch und klimapolitisch heikel. Denn sie wird, wenn sie kommt, nicht nur die Gefahr einer weltkriegerischen Auseinandersetzung vergrößern. Sie würde zugleich in allen beteiligten Ländern Demokratie, bürgerliche Freiheitsrechte, Sozialstaatlichkeit, Zivilität und Liberalität unter Druck setzen und jene Ressourcen verbrauchen, die für den sozial-ökologischen Systemwechsel

dringend erforderlich sind. Dabei kommt hinzu, dass eine Deindustrialisierung Deutschlands in Folge eines neuen Kalten Kriegs unmittelbare negative Konsequenzen für jede Klassenpolitik und die Perspektiven einer sozialistischen Umwälzung hätte, da mit ihr die Kampfkraft der Industriegewerkschaften und die Wertschöpfung verloren gingen, die für die Verteilungspolitik und den Erhalt und Ausbau sozialstaatlicher Absicherung essenziell sind. Ein Ende der Sozialstaatlichkeit in Deutschland jedoch würde auch die bürgerlich-liberale Demokratie nicht aushalten. Die neue Blockkonfrontation gegen China zu verhindern ist heute die prioritäre Aufgabe jeder ernstzunehmenden sozialistischen Klassenpolitik.

Literatur

- Arrighi, Giovanni, Silver, Beverly J., Hg., (1999): *Chaos and Governance in the Modern World System*, University of Minnesota Press, Minneapolis/London.
- Clarke, Richard A. (2004): *Against All Enemies. Inside America's War on Terror*, Simon & Schuster, New York.
- Crome, Erhard (2021): „China im Weltsystem“, in: Geiger, Michael, Hg. (2021): *Chinas Jahrhundert*, Verlag am Park, Berlin, 71-96.
- Cropsey, Seth (2022): „The U.S. Should Show It Can Win a Nuclear War,“ in: *Wall Street Journal*, 27.04., Link: <https://www.wsj.com/articles/the-us-show-it-can-win-a-nuclear-war-russia-putin-ukraine-nato-sarmat-missile-testing-warning-11651067733>
- Davidson, Jason W. (2006): *The Origins of Revisionist and Status-quo States*, Palgrave-Macmillan.
- Deppe, Frank (2014): *Imperialier Realismus?, VSA, Hamburg.*
- Deppe, Frank, Salomon, David, Soly, Ingar (2011): *Imperialismus*, Papy Rossa, Köln.
- Ganser, Helmut W. (2022): „Unfassbare Nonchalance“, in: *taz*, 7.10., Link: <https://taz.de/Perspektiven-im-Ukraine-Krieg/!5882645/>
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance*, Verso, London/New York.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*, Oxford University Press, Oxford u.a.
- Helleiner, Eric (1994): *States and the Re-Emergence of Global Finance*, Cornell University Press, Ithaca, NY.
- Jacques, Martin (2009): *When China Rules the World*, Penguin, London u.a.
- Jain, Purnendra (2006): „A ‚little NATO‘ against China“, in: *Asia Times*, 21.3.2006, Link: <https://www.worldsecuritynetwork.com/China/Jain-Purnendra/A-little-NATO-against-China>
- Lipietz, Alain (1986): „Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff ‚Regulation‘“, in: *Prokla*, 15. Jg., 109-137.
- Müller, Wolfgang (2023): *Europa muss in der Chipindustrie aufholen – aber wie? Die globale Halbleiterindustrie, der Chipkrieg der USA gegen China und eine abgehängte EU*, Rosa Luxemburg Stiftung, Online-Publikation, Berlin.
- Panitch, Leo, Gindin, Sam (2022): *The Making of Global Capitalism. The Political Economy of American Empire*, Verso, London/New York.

- Sablowski, Thomas (2019): „Weltmarkt, Nationalstaat und ungleiche Entwicklung: Zur Analyse der Internationalisierung des Kapitals“, 2 Teile, in: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 194/195, 49. Jg., Nr. 1/2, 7-34 u. 295-321.
- Schmalz, Stefan (2018): Machtverschiebungen im Weltsystem. Der Aufstieg Chinas und die große Krise, Campus, Frankfurt/M. u.a.
- SIPRI, Hg. (2023): Trends in World Military Expenditure, 2022, Link: <https://www.sipri.org/publications/2023/sipri-fact-sheets/trends-world-military-expenditure-2022>
- Smith, Neal (2004): American Empire. Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization, University of California Press, Berkeley u.a.
- Solty, Ingar (2011a): „After neoliberalism. Left versus right projects of leadership in the global crisis“, in: Gill, Stephen, Hg. (2011): Global Crises and the Crisis of Global Leadership, Cambridge University Press, Cambridge u.a., 199-215.
- Solty, Ingar (2011b): „Krieg gegen einen Integrationsunwilligen? Die politische Ökonomie des libyschen Bürgerkriegs und der westlichen Intervention im Kontext der Krise des globalen Kapitalismus“, in: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 163, 41. Jg., Nr. 2, 295-316.
- Solty, Ingar (2012): „Die China-Politik der USA zwischen Einbindung und Eindämmung“, in: Das Argument 296, 54. Jg., H.1/2, 69-81.
- Solty, Ingar (2013): Die USA unter Obama. Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise, Argument, Hamburg.
- Solty, Ingar (2016): Exportweltmeister in Fluchtersachen. Die neue deutsche Außenpolitik, die Krise und linke Alternativen, Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Solty, Ingar (2018): „Rechtsautoritärer Nationalismus oder autoritär-imperialer Neoliberalismus? Die USA unter Donald Trump im globalen Beggar-thy-neighbor-Kapitalismus“, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 25. Jg., H.2, 199-223.
- Solty, Ingar (2020a): Der kommende Krieg. Der USA-China-Konflikt und seine industrie- und klimapolitischen Konsequenzen, Rosa Luxemburg Stiftung, Analysen 61, Berlin.
- Solty, Ingar (2020b): „German Deunification. Gerhard Schröder, Angela Merkel and the Liberal Roots of German Neofascism“, in: Monthly Review, 72. Jg., No. 2, 44-60.
- Solty, Ingar (2022): „„Alle gegen rechts“? Die USA zwischen rechtsautoritärem Nationalismus, ohnmächtigem Antifaschismus und sozialistischen Politikansätzen“, in: Sozialismus, 49. Jg., H.12.
- Tooze, Adam (2022): „Amerika ist letztendlich ein Energieexporteur“. Interview, in: Frankfurter Rundschau, 27.11., Link: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/ukraine-krieg-usa-gewinner-trump-wokeness-adam-tooze-interview-91922653.html>
- Wood, Ellen Meiksins (2003): Empire of Capital, Verso, London/New York.